



Medienmitteilung vom 28. Juli 2009

Die UNO verlangt konkrete Massnahmen bei der Gewalt gegen Frauen in der Schweiz!

Die SP Frauen Schweiz sind mit Patrizia Mordini, Berner SP-Stadträtin, direkt in den Dialog mit der UNO getreten, anlässlich der 44. Session der Kommission der UN-Frauenrechtskonvention CEDAW. Dabei hat sich die UN-Kommission klar für konkrete Massnahmen gegen Gewalt an Frauen in der Schweiz ausgesprochen. Für die SP Frauen ist damit klar, dass die Stossrichtung des Bundesrates bestehende Massnahmen nur zu intensivieren nicht ausreichen. Es braucht Ressourcen, damit erstens eine neue Informations- und Sensibilisierungskampagne gestartet werden kann. Zweitens braucht es in Schulen Kurse und Lernmodule gegen Geschlechterstereotypen und gegen die Diskriminierung. Drittens müssen endlich die volkswirtschaftlichen Kosten, die aufgrund der Gewalt gegen Frauen entstehen erhoben werden. Die SP Frauen werden diesen Forderungen in der nächsten Session Nachdruck verleihen.

Die Frauenrechtskonvention CEDAW ist ein Übereinkommen zur Beseitigung jeglicher Form von Diskriminierung und wurde von der Schweiz 1997 ratifiziert. Diese hat sich damit wie alle Vertragsstaaten der CEDAW dazu verpflichtet, regelmässig einen Staatenbericht zum Stand der Umsetzung der Gleichstellung vorzulegen. Neben der offiziellen Schweiz werden ebenfalls Nichtregierungsorganisationen zur Stellungnahme und Teilnahme an der Session eingeladen. Die NGO-Delegation besteht aus Patrizia Mordini, SP-Stadträtin Bern, Vertreterin der SP Frauen Schweiz und des Vereins Feministische Wissenschaft Schweiz FemWiss, Vivian Fankhauser-Feitknecht, Richterin, Vertreterin der Pfadibewegung Schweiz, Nicole Gantenbein, Mitarbeiterin bei der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände SAJV sowie Alicia Gamboa, cfd-Mitarbeiterin und Vertreterin der Migrantinnen Schweiz.

Trotz des Gleichstellungsartikels in der Verfassung existieren auch in der Schweiz nach wie vor Diskriminierungen gegenüber Frauen. Deshalb muss die Schweiz die CEDAW endlich besser bekannt machen und für ihre Durchsetzung und ihre Implementierung in die nationale Gesetzgebung sorgen. Weiter müssen endlich griffige Massnahmen her, die die Geschlechterstereotypen abbauen. Nur so kann in der Bildung und im Erwerbsleben, von der Berufswahl der Mädchen bis hin zur Berufung von Frauen in Verwaltungsräte oder Professuren die Gleichstellung erreicht werden. Dringender Handlungsbedarf besteht nach wie vor bei der



Gewalt gegen Frauen. Der Bundesrat hat dies zwar in seinem Bericht auf das [Postulat Stump](#) bestätigt, ist jedoch nicht bereit dafür Ressourcen einzusetzen.

Am 20. und 24. Juli wird die NGO-Delegation von der CEDAW-Kommission angehört, am 27. Juli steht die offizielle Schweiz unter Leitung von Dr. Marion Weichelt Krupski, Botschafterin, Vizedirektorin der Direktion für Völkerrecht EDA, Red und Antwort. Nach dem Hearing wird die CEDAW-Kommission Empfehlungen an die Schweiz formulieren, welche die SP Frauen wieder ins Parlament einbringen werden.

Patrizia Mordini (patrizia.mordini@gmx.ch) und Doris Stump (doris.stump@parl.ch) sind am besten per Mail erreichbar.

Links:

Der dritte Schattenbericht und Informationen dazu sind im Netz zu finden:

http://www.postbeijing.ch/cms/front_content.php?idcatart=102

Die offizielle Medienmitteilung der UNO zur Anhörung der Schweiz 27.7.09:

http://www.un.org/News/briefings/docs//2009/090721_CEDAW.doc.htm

Die Empfehlungen der UNO an die Schweiz (pdf-Dokument):

<http://www2.ohchr.org/english/bodies/cedaw/docs/co/CEDAW.C.CHE.CO.3.pdf>